



Dr. 49.

XII. Jahrgang, II. Band.

1893-94.

## Der Klassenkampf in Frankreich.

Von Paul Lafargue.

(Schluß.)

### VIII. Der Sozialismus und die Bauern.

Zunächst all der Kämpfe und Schwierigkeiten ohne Zahl, welche unehrliche Gegner heraufbeschworen, fuhr die sozialistische Partei fort, zu wachsen und sich mehr und mehr zu kräftigen. Dank der energischen und nimmer rastenden Propaganda ihrer Angehörigen eroberte sie nach und nach die besten Elemente der Arbeiterklasse. Es war den Sozialisten gelungen, eine so unwiderstehliche soziale Strömung zu schaffen, daß sich sogar die Gegner gezwungen sahen, den wissenschaftlichen Werth der sozialistischen Theorien von Marx und Engels anzuerkennen, welche sie früher als ausländische, aus Deutschland stammende Geistesprodukte bezeichnet hatten, die ebenso unverständlich als unverdächtig seien. Der Sozialismus kam in die Mode, und da in Frankreich die Mode ein wichtiger Faktor des sozialen Lebens ist, so erklärte sich Jedermann als Sozialist. Sogar die Gegner begannen, dem Sozialismus gegenüber Vorbehalte zu äußern, zu behaupten, daß unter dem Wust vieler irrthümlichen und phantastischen Ideen praktische Wahrheiten verborgen seien, die man freilegen und durchführen müsse. Man ging so weit, zu erklären, daß die Sozialisten dadurch bekämpft werden müßten, daß man die Reformen verwirkliche, welche sie forderten, um ihnen damit den Wind aus den Segeln zu nehmen, die Mittel zu entziehen, Dank deren sie mehr und mehr Einfluß auf die proletarischen Massen gewannen. Die Christlich-Sozialen hefteten zuerst diesen Plan aus, der zu machiavellistisch war, als daß er hätte verwirklicht werden können. Nicht nur die Arbeiter der Industriezentren vergrößerten von Tag zu Tag die Reihen der Sozialisten, sondern auch die Landbevölkerung wurde mehr und mehr vom Sozialismus ergriffen. Die bürgerlichen Politiker hielten sich ein, daß die bauerliche Bevölkerung die Reserve-Armee der Reaktion bildet. Ueber die Fortschritte, welche die sozialistischen Ideen in den Städten machten, trösteten sie sich damit, daß Alles in Allem doch das flache Land die Masse der Wähler stelle, und daß die Lehre vom Gemeinbesitz an Grund und Boden an dem „antikollektivistischen Bauernschädel“ scheitern müsse. Nie, so vermeinten sie, werde sich die bauerliche Bevölkerung mit dem Gedanken des Gemeinbesitzes an Grund und Boden befreundet können, denn die Liebe des

Bauern für seine Scholle Land ist eine so tiefwurzelnde und mächtige, daß sie in seiner Brust alle anderen Leidenschaften erstickt und ihn veranlaßt, sich zu Tode zu arbeiten, nur um sie zu befriedigen. Allein die bürgerlichen Politiker tragen dem Umschwung der Verhältnisse nicht Rechnung, der sich im Laufe der letzten dreißig Jahre auf dem Lande vollzogen hat. Die Entwicklung der Landwirtschaft, die während der ersten Jahre des Kaiserreichs durch den Bau von Eisenbahnen angeregt wurde, führte zu einer Konzentration des Grundbesitzes, die beschleunigt wurde durch die Anwendung neuer Kulturmethoden, neuer und verbesserter landwirthschaftlicher Maschinen, durch die Konkurrenz ausländischen Getreides und durch die Verwüstungen der Neblaus in den Weinbau treibenden Gegenden Frankreichs. Zwar ist in Frankreich die Zahl der Grundbesitzer noch immer eine beträchtliche, allein wenn man die Ergebnisse der letzten Volkszählung von 1884 näher ins Auge faßt und analysirt, so gelangt man zu dem Schlusse, daß sich der Grundbesitz sehr rasch in weniger und weniger Händen konzentriert.

Von den 49 1/2 Millionen Hektar kulturfähigen und steuerpflichtigen Bodens, der damals 8346 000 Besitzern gehörte, vertheilten sich 2574 000 Hektar auf 5 091 000 bäuerliche Eigenthümer, von denen mithin jeder durchschnittlich nur 1/2 Hektar besitzt, während 29 201 Grundbesitzer 12 1/2 Millionen Hektar Land ihr eigen nennen, das heißt also den vierten Theil des kulturfähigen Bodens von Frankreich. Die fünf Millionen bäuerlicher Eigenthümer, welche mehr als die Hälfte aller französischen Grundbesitzer ausmachen, besitzen dagegen nur den 23. Theil des kulturbaren Bodens. Seitdem die erwähnte Volkszählung stattgefunden hat, wurde die Konkurrenz des amerikanischen und indischen Getreides eine immer größere und wirksamere, die Neblaus verwüstete die Weingärten, der Panama-Scandal und andere kosmopolitische Räubereien der Hochfinanz richteten Tausende von Existenzen zu Grunde. Die Konzentration des Grundbesitzes vollzog sich in der Folge in einem schnelleren Tempo, denn die erwähnten Umstände verursachten, daß eine große Anzahl mittlerer Grundbesitzer von der Bildfläche verschwanden, so daß einer kleinen Anzahl von Großgrundbesitzern eine breite Masse von Kleinbauern gegenübersteht, die nur einen Faden Grund und Boden ihr eigen nennen, dessen Ertrag durchaus unzureichend für die Sicherung ihrer Existenz ist. Um leben zu können, müssen sie ihre Arbeitskraft an die Großgrundbesitzer verkaufen, die ihrerseits der „Hände“ für den Anbau ihrer Ländereien bedürfen. Und weil sie ihrer bedürfen, dulden sie die Zwergbauern neben sich, die nur dem Namen nach noch freie Eigenthümer sind und für welche der Grundbesitz eine Kette bildet, welche sie in dem Dienst des Großgrundbesitzes festhält. Der bäuerliche Zwergbesitz stellt das Gegenstück dar zu den „Arbeiterhäusern“, welche die philanthropischen Fabrikanten des Elsaß erbauten und der Elite ihrer Arbeiter billig vermiethten, um sie für Lebenszeit an ihre Betriebe zu fesseln.

Die Eisenbahnen und die moderne Finanz haben seit 1852 auf die ländlichen Verhältnisse revolutionärend eingewirkt, die Bescheidenden jedoch kennen den vollzogenen Umschwung nicht oder tragen ihm keine Rechnung. Die Eisenbahnen haben eine Umwälzung des ländlichen Lebens herbeigeführt. Sie transportiren die Erzeugnisse der Landwirtschaft auf einen auswärtigen Markt, während sie früher an Ort und Stelle konsumirt werden mußten; sie bringen die Landbewohner in die Städte, in weitere Entfernung von ihrer Heimath, während sie früher lebten und starben, ohne daß sie je aus dem Dorfe herauskamen, wo sie geboren waren. Daher schüttelt der Bauer mehr und mehr den Stumpfsinn, die Schwerfälligkeit ab, die ihn früher charakterisirten, er existirt nicht mehr isolirt von der Gesamtheit, wie zu Großvaters Zeiten. Er reist, kommt zur Stadt

und nimmt an dem nationalen Leben theil. Die allgemeine Dienstpflicht, die jeden gesunden Mann in das Heer einreißt, und die billigen Zeitungen, die bis in die entferntesten Dörfer dringen, haben die bereits ange deutete Wirkung der Eisenbahnen noch verstärkt. Diese selbst sind vielleicht die größten revolutionären Faktoren unseres Jahrhunderts, des revolutionärsten Jahrhunderts der Geschichte der Menschheit. Zu ihrem revolutionirenden Einfluß gesellte sich derjenige der Finanz. Ihre zauberhafte Macht bewirkte, daß in ihren gierigen, räuberischen Händen alles Geld zusammenströmte, das die bäuerliche Bevölkerung seit Jahrhunderten in den geheimsten Verstecken verborgen hielt; ihre nicht weniger zauberhafte Geschicklichkeit bewirkte, daß sich das Silber und Gold der Bauern in die Papierfetzen der Aktien von Schwindelgesellschaften à la Panama verwandelte. Dadurch vervollständigte die Finanz das Werk der Eisenbahnen und bereitete auf dem Lande den Boden für den Sozialismus vor, wie ihn die mechanische Großindustrie in der Stadt für den Sozialismus vorbereitet hat.

Erklärlicher- und nothwendigerweise hatten die Sozialisten ihre Agitation in den Städten beginnen müssen. Das hatte sie jedoch keineswegs abgehalten, sozusagen Vorposten auf das Land hinauszuschicken, auch dort an einzelnen Stellen vorzudringen, um das Terrain kennen zu lernen. Die ersten Versuche, die sozialistische Botschaft auch auf dem Lande zu verkünden, waren schüchtern. Die Sozialisten befanden sich einem neuen Element der Bevölkerung gegenüber, sie wußten nicht, wie sie die Bauern anfassen, wie sie mit ihnen sprechen sollten. Ihre Sitten, ihre nächstliegenden, dringendsten Bedürfnisse, ihre Denkwelt waren ihnen fremd. Sie fürchteten, sie abzuschrecken, wenn sie ihnen die nämlichen Theorien erklärten, welche bei den Arbeitern so großen Anklang gefunden hatten. Es war klar, daß die Sozialisten eine Lehrzeit durchmachen, daß sie Lehrgeld zahlen mußten. Trotz alledem gingen sie zur Agitation in die Dörfer und waren höchlichst darüber erstaunt, wie sie hier aufgenommen wurden. Die Konservativen hatten ihnen Dreschflegelhiebe und Heugabelstiche in Aussicht gestellt, sobald sie nur vom Sozialismus sprechen würden. Die Dinge kamen ganz anders. Man verlangte gerade, daß sie vom Sozialismus sprechen sollten, und man folgte ihren Ausführungen mit gespanntestem Interesse und verständiger Aufmerksamkeit, man machte es ihnen zum Vorwurf, daß sie nicht früher gekommen waren, daß sie so lange das Land der Stadt wegen vernachlässigt hatten, man war eifersüchtig, daß bis jetzt die Agitation unter der städtischen Bevölkerung im Vordergrunde stand.\*

\* Meine obige Behauptung ist auf meine persönliche Erfahrung begründet. Im Jahre 1886 unternahm ich im Departement Allier, im Jahre 1889 im Departement Cher eine Agitationsreise. Ich kam bei der Gelegenheit in sehr viele Dörfer dieser beiden Departements von Mittelfrankreich, wo der bäuerliche Kleinbesitz vorherrscht, aber auch ungeheurer Grundbesitz großer Herren vorhanden ist. Der Ursprung mancher dieser Kleinbesitzungen reicht noch in die Zeit vor der Revolution von 1789 zurück. Ich besuchte abgelegene Gemeinden, die mitten im Wald verloren lagen und von der nächsten Eisenbahnstation nur durch vier- bis fünfständige Wagenfahrt erreicht werden konnten. In vielen dieser Orte hatte noch nie eine Volksversammlung stattgefunden. Der Pfarrer war die einzige Persönlichkeit, welche die Einwohner in der Kirche hatten öffentlich reden hören. Man nannte mich deshalb meist „einen Prediger“. Im Departement Cher begleitete mich von Ort zu Ort ein Kleinbäuerlicher Grundbesitzer, welcher der Gemeindevorsteher seines Heimathdorfs war. Die Versammlungsorte waren stets überfüllt. Die Leute kamen mehrere Meilen im Umkreis herbei, um den sozialistischen „Prediger“ zu hören. Die Frauen zeigten den größten Eifer, die größte Wissbegierde, doch waren sie zu schüchtern, um in die Versammlung selbst zu kommen, vielmehr blieben sie vor den weit geöffneten Fenstern der Säle stehen. Die habe ich vor einem aufmerksameren Publikum gesprochen. Die Bauern hörten mich schweigend

Nach dem Erfolge der Gemeinderathswahlen vom 1. Mai 1892, welche 736 Sozialisten in den Gemeinderäthen verschiedener Kommunen Sitz und Stimme verleihten und die Verwaltung so bedeutender Städte wie Roubaix, Montluçon, Narbonne zc. in die Hände der Sozialisten legten, erachtete die marxistische Arbeiterpartei die Zeit für gekommen, die Agitation unter der Landbevölkerung systematisch in Angriff zu nehmen und mit Ausdauer zu führen. Der Nationalrath berief den Jahreskongreß der Partei nach Marseille ein, wo eine Reihe sozialistischer Gemeinderäthe gewählt worden waren. An der Spitze der Fragen, welche der Parteitag erörtern sollte, stand „Die soziale Frage auf dem Lande“ (la question agricole). Die Bauern wurden aufgefordert, sich auf dem Kongreß vertreten zu lassen — obgleich sie nicht Mitglieder der Partei waren — weil der Kongreß sich mit ihren Interessen beschäftigen sollte. Vor dem Zusammentritt des Kongresses veranstaltete der Nationalrath eine Enquete über die Lage der bäuerlichen Bevölkerung und die dringendsten Reformen, die zu ihrer Besserung nöthig seien. Er wollte, daß der Parteitag erst dann Beschlüsse fassen sollte, wenn er die Meinung der Bauern selbst erfahren hatte.\*

an, ohne mich durch das geringste Zeichen der Billigung oder Mißbilligung zu unterbrechen. Die ersten Male berührte mich dieses Schweigen seltsam und beunruhigte mich, ich meinte, ich sei nicht verstanden worden. Aber als ich nach Schluß meines Vortrags mit Versammlungsbefuchern plauderte, bemerkte ich, daß meine Meinung durchaus irrthümlich war. Der Bauer, welcher von Natur und aus Nothwendigkeit ein Diplomat ist, zeigt niemals seine Gefühle. Dieser Charakterzug erklärte die Haltung des ländlichen Publikums während der Versammlung. Als ich jedoch später mit Bauern zusammen bei einem Glase Wein saß, richteten sie Frage auf Frage an mich und wollten sie über den oder jenen Punkt meiner Ausführungen näher aufgeklärt sein. Ich war geradezu verwundert über die Auffassung, die sie von ihrer Lage hatten, eine Auffassung, die weit klarer ist, als die vieler Industriearbeiter. Die Bauern, mit denen ich mich unterhielt, verstanden sehr gut, daß sich ihre Verhältnisse mit jedem Tage verschlimmern mußten und daß jeder Kampf gegen die Konkurrenz des Großgrundbesitzes immer unmöglicher wird. An manchen Orten machte ich auch die Beobachtung, daß die Anhänglichkeit der Bauern an ihre Scholle, an den individuellen Grundbesitz, nicht so stark ist, wie es von Seiten der Kapitalisten behauptet wird, und daß die wirtschaftliche Entwicklung der letzten dreißig Jahre diese vielberufene Liebe zum eigenen Grund und Boden ganz gewaltig untergraben hat. Wenn die Bauern den Gedanken an die Lösung der sozialen Frage durch den Sozialismus auch nicht mit besonderer Begeisterung aufnahmen, so sahen sie doch ein, daß angesichts der vorliegenden Verhältnisse die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, Grund und Boden einbegriffen, die einzig vernünftige und wirksame Lösung ist. Seit den erwähnten beiden Agitationsreisen habe ich in den ländlichen Distrikten anderer Departements agitiert. Mehr und mehr sah ich ein, wie Recht Cassagnac, der eingestrichelte Gegner des Sozialismus hatte, als er prophezeite, daß die Sozialisten das flache Land erobern würden. „Fügt man“, so schrieb er, „zu dem Allem noch hinzu die mit jedem Tag wachsende Unzufriedenheit des Bauern, den Rückgang seines Besitzes an Grund und Boden, das Aufhören seiner Einnahmen, den Bankrott aller Versprechungen, mit denen man ihn seit zwanzig Jahren hinhält (landwirtschaftlicher Kredit, landwirtschaftliche Versicherungen, Alters- und Invalidenkassen, Steuererleichterungen zc.), so wird man begreifen, daß hier der Sozialismus für seine Ausdehnung einen wunderbar vorbereiteten Boden vorfindet“ („L'Autorité“ vom 25. September 1893).

\* Kiebknecht, der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, Anseele, der Vertreter der belgischen, und Van Kol, der Delegirte der holländischen Bruderpartei, wohnten dem Marceller Kongreß von 1892 bei. Sie erklärten sich hochbefriedigt von der Art und Weise, wie die soziale Frage auf dem Lande von den Mitgliedern der Arbeiterpartei, sowie den Bauern erörtert wurde, welche aus verschiedenen Departements von Süd- und Mittelfrankreich gekommen waren.

Die Kongresse von Marseille bilden in der Geschichte der sozialistischen Arbeiterpartei Frankreichs wichtige Meilensteine. Der erste Kongress zu Marseille, der 1880 stattfand, beschloß, daß sich das Proletariat politisch organisieren und daß es die Staatsgewalt erobern müsse, um die Ueberführung aller Produktionsmitteln aus dem Besitz Einzelner in den der Gesellschaft bewerkstelligen zu können. Auf dem zweiten Kongress zu Marseille, der 1892 stattfand, formulirte die Partei ihr Programm der Reformen, für die sie im Interesse der ländlichen Bevölkerung eintreten wollte. Zum ersten Male warf sich in Frankreich eine bereits bestehende politische Partei zum Vertheidiger der Interessen der werktätigen ländlichen Bevölkerung auf. Alle Reformen, die bis jetzt angeblich zu Gunsten der Landwirtschaft gefordert und verwirklicht worden waren, zweckten nur darauf ab, den Herren Großgrundbesitzern Nutzen und Vortheil zu bringen. Das „agrifole Programm von Marseille“, wie man die Beschlüsse des Parteitags von 1892 darüber gewöhnlich nennt, fordert Reformen, welche im Interesse der drei Kategorien der werktätigen ländlichen Bevölkerung liegen, nämlich 1) im Interesse der Tagelöhner, welche wie die Industrie-Arbeiter der Städte ihre Arbeitskraft für einen Tag, eine Woche oder ein Jahr verkaufen; 2) im Interesse der Pächter und Halbpächter (metayers), welche die Ländereien eines Kapitalisten kultiviren, dem sie entweder eine bestimmte Pachtsumme oder einen bestimmten Theil des Bodenertrages entrichten, so daß ihnen im letzteren Falle nur ein festgesetzter Antheil desselben für ihre Mühe und Arbeit verbleibt; 3) im Interesse der Zwerg- und Kleinbauern, welche selbst ihre Felder bestellen, aber von denselben oft einen so geringen Ertrag ziehen, daß sie behufs Gewinnung ihres Lebensunterhalts gezwungen sind, für Pächter oder Großgrundbesitzer zu arbeiten, welche ihre Ländereien selbst bewirtschaften. Der Nationalrath veröffentlichte die diesbezüglichen Beschlüsse des Marseller Kongresses in Broschürenform. Jeder Reformforderung ließ er eine kurze, aber wesentliche Erklärung folgen. Die Broschüre wurde in 100 000 Exemplaren gedruckt und überall auf dem Lande verbreitet. Das ländliche Reformprogramm der französischen Arbeiterpartei entspricht so treffend den nächstliegenden Bedürfnissen der oben aufgeführten Schichten der bäuerlichen Bevölkerung, daß mehrere sozialistische Kandidaten bei den Kammerwahlen aus jenen Bevölkerungsschichten heraus die nöthigen Stimmen erhielten, um ihre Gegner aus dem Felde schlagen und siegen zu können. Die Stimmen aber, welche in ländlichen Gegenden den Sozialisten zugefallen sind, müssen in der Hauptsache auf Rechnung des Reformprogramms der Arbeiterpartei gesetzt werden.

Von dem Augenblick an, wo die Arbeiterpartei ihre Agitation unter der ländlichen Bevölkerung auf Grund dieses Programms führte, ahnten die Besitzenden, welche Rolle es spielen werde. Schon lange vor den Kammerwahlen und um den Sozialisten von Anfang an entgegenzuarbeiten, wurden die Dörfer und Weiler mit Kalendern und Broschüren überfluthet, in denen man gegen die Sozialisten die alten Verleumdungen von 1848 zu neuem Leben erweckte. Die Sozialisten waren „Theiler“, welche den Bauern ihr Eigenthum rauben, welche die Ordnung und Familie zerstören wollten u. u. Allein die Zeiten haben sich geändert. Diese lügnertischen Verdächtigungen zogen nicht mehr. Die Kleinbauern, welche von den Moglern und Jobbern der Panamagesellschaft und anderer gleich ehrenwerthen Unternehmen gründlich bestohlen worden sind, wissen heutzutage, wo die eigentlichen „Theiler“ zu suchen sind, es ist ihnen klar geworden, daß die Sozialisten die Feinde dieser „Theiler“ der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind.

Ohne Uebertreibung kann man gegenwärtig wohl behaupten, daß die sozialistische Partei nicht mehr ausschließlich ihre Anhänger aus der städtischen Bevölkerung rekrutirt, sondern daß sich auch die ländliche Bevölkerung mehr und mehr an sie anschließt. In nicht zu ferner Zukunft werden in ihren Reihen alle diejenigen stehen, welche auf Grund ihrer wirtschaftlichen Lage oder ihrer geistigen Entwicklung sich naturnothwendiger Weise zum Sozialismus bekennen müssen.

### IX. Die Sozialisten im Parlament.

Die sozialistische Partei, welche sich seit einigen Jahren an den Wahlen betheiligte — nicht in der Hoffnung, ihre Kandidaten erwählt zu sehen, sondern zu dem Zwecke, für ihre Ziele zu agitiren —, schickt sich jetzt zu dem gesetzlichen Kampf um die Staatsgewalt an, in welchem sie mit Bestimmtheit schließlich über all ihre Gegner triumphiren wird. Nachdem sie ihre Kraft bei den Gemeinde-, Departemental- und Kammerwahlen erprobt hat, versuchte sie kürzlich auch den Senat anzugreifen und sich hier Sitz und Stimme zu erobern. Bei den Wahlen für den Senat, die zu Anfang dieses Jahres in den Departements Seine und Allier stattfanden, stellte sie in der Person von Bonguet und Thivrier ihre eigenen Kandidaten auf. Sogar vielen Parteigenossen erschien ein sozialistischer Senator als eine Ungeheuerlichkeit. Denn der Senat, dessen Mitglieder mittels des beschränkten Stimmrechts gewählt werden, ist ein Marikätenkabinet, das die Fossilien der Reaktion enthält, er ist das Hotel des Invalides, die Altersversorgungsanstalt der Politiker, denen das allgemeine Wahlrecht ein Schnippchen geschlagen hat. Es mußte also den Anhängern der Partei klar gemacht werden, daß sich die Sozialisten aller Positionen bemächtigen müssen, und daß es ein hochinteressantes Schauspiel wäre, wenn in Zukunft bei einem Strike sich ein Senator inmitten der Ausständigen begeben würde, um sie zu beschützen. Die beiden sozialistischen Kandidaten wurden geschlagen, doch fehlte nicht viel und der Sozialist hätte im Departement Allier gesiegt. Jedenfalls dauert es nicht mehr lange und die Sozialisten werden im Senat einzziehen, dessen Mitglieder von den Deputirten, Generalkräften und den Delegirten der Gemeinderäthe des Departements gewählt werden, denn schon zählt der Sozialismus Vertreter in diesen Körperschaften, und ihre Zahl wächst mit jedem Tage.

Während die Sozialisten ihre Ideen verbreiteten und ihnen Anerkennung verschafften, während die Zahl ihrer Anhänger zunahm, die sich aus den Reihen des Proletariats der Hand- und Kopfarbeit, sowie aus denen der Bourgeoisie rekrutirten, und während die Streitigkeiten ein Ende nahmen, die früher zwischen den Vertretern der verschiedenen sozialistischen Richtungen bestanden hatten, wurden die bürgerlichen Parteien mehr und mehr zersetzt und verloren bei der öffentlichen Meinung immer mehr. Der Boulangismus, welcher den monarchistischen Parteien den Garauß machte, bewirkte, daß die Radikalen ihrer proletarischen Gefolgschaft verlustig gingen. Seine Arbeitermassen, die bisher noch etwas von dem bürgerlichen Radikalismus hofften, sind auf bestem Wege, zu dem Sozialismus überzugehen. Der PanamaSkandal, welcher alle hervorragenden politischen Persönlichkeiten kompromittirte, zerstörte gründlichst das Ansehen der opportunistischen Partei. Aber da trotz alledem ihre Angehörigen in bedeutender Anzahl wieder in die neue Kammer gelangt sind, so bilden die Opportunisten die mächtigste parlamentarische Partei. Um sie schaaren sich die Rektionäre (Monarchisten und Bonapartisten), von denen sich viele der Republik angeschlossen haben, sowie die Mitglieder der Linken und äußersten Linken, die den Sozialismus mehr fürchten als den ärgsten gouvornementalen Despotismus. Die Sozialisten waren in einer

Stärke von etwa dreißig Mann in die Kammer eingezogen. Allein bald nach Eröffnung der Session schlossen sich an sie gegen zwanzig Radikale an, welche von Millerand geführt werden. Dieselben bekennen sich nicht zu allen theoretischen Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus, allein sie erkennen die Nothwendigkeit der praktischen Reformen an, welche die Sozialisten fordern, und treten für sie ein. Darauf aber kommt es gegenwärtig gerade an. Zwischen den Sozialisten und Radikalen, welche zusammen die parlamentarische Gruppe der „Union socialiste“ bilden, einerseits, und den Opportunisten, an die sich Abgeordnete der Rechten und der Linken anlehnen, andererseits, giebt es eine Anzahl von Angehörigen der bürgerlichen äußersten Linken, welche keine feste Stellung einnehmen, bald hierhin, bald dorthin schwanken, heute mit Denen, morgen mit Jenen stimmen. Diese Zwischengruppe muß naturnothwendigerweise verschwinden oder wird wenigstens an Zahl und an Einfluß mehr und mehr abnehmen. Thatsächlich giebt es in der französischen Kammer nur zwei Parteien, welche scharf von einander geschieden sind und sich gegensätzlich gegenüberstehen: auf der einen Seite die sozialistische, auf der anderen Seite die opportunistische Partei. Die sozialistische Partei ist numerisch schwach, aber trotz alledem thatsächlich mächtig. Sie wird getragen und gestützt von den wirthschaftlichen und politischen Verhältnissen, die von ihren Mitgliedern mit seltenem Geschick im Dienste ihrer Sache ausgenutzt werden. Sie ist auch einflußreich in Folge des Talents, der Energie und des guten Rufes der Männer, die ihr angehören. Die opportunistische Partei verfügt dagegen im Parlament über die Majorität der Stimmen. Aber wenn auch nicht alle Deputirten, die ihr angehören, Gauner sind, so steht doch fest, daß die einflußreichsten ihrer Mitglieder sich an die Großfinanz verkauft haben, und daß sie in die schmutzigsten und betrügerischsten Spekulationen verwickelt gewesen sind. Die Gemeinheit und Käuflichkeit der Führer wirft ein schlechtes Licht auf die ganze Partei, welche als die Partei der Bauern gebrandmarkt worden ist und gebrandmarkt bleiben wird.

Sobald die Kammer im Oktober 1893 eröffnet wurde, brach auch der Kampf zwischen den beiden einander feindlich gegenüberstehenden Lagern aus. Im Pas de Calais strikten 40 000 Kohlengräber, welche der Minister Dupuy dadurch zur Einfahrt in die Gruben zu zwingen gedachte, daß er Gendarmen, Militär und Behörden in den Dienst der Bergwerksgesellschaften stellte. Obgleich die sozialistischen Deputirten noch nicht als erwählt bestätigt worden waren, beeilten sie sich doch, zum Schutze der Ausständigen nach dem Strikegebiet zu gehen. Die Majorität der Deputirten ließ sich ihrerseits angelegen sein, ihre Mißbilligung dieses Schrittes und gleichzeitig ihre reaktionäre Gesinnung dadurch zu äußern, daß sie als Kammerpräsidenten Casimir-Perier ernannte, den feinstreichen Aktionär der Kohlengruben von Anzin. Damit war Dupuy, dem Minister des Innern, seine Haltungslinie vorgezeichnet. In der Erklärung, welche er im Namen des Ministeriums abgab, rief er tapfer aus: „Der Sozialismus ist der Feind! Seine Anhänger wollen das Privateigenthum abschaffen, die anonyme Tyrannei des Staates an Stelle der individuellen Initiative, des freien Zusammenwirkens der Bürger setzen; sie proklamiren den Kampf der Klassen, während es doch seit der großen Revolution keine Klassen mehr giebt, während sich der Reichthum mehr und mehr gleichmäßig unter alle Mitglieder der Gesellschaft vertheilt, der individuelle Besitz sich verallgemeinert und der Fortschritt der Zivilisation danach bemessen wird, in welchem Maße das individuelle Eigenthum an Stelle des Kollektivbesitzes tritt u. u. . . Wir sind entschlossen, jede Aufreizung und Unordnung zu unterdrücken und im Namen des Vaterlandes unerbittlich

streng gegen alle Häbelsführer vorzugehen, wer immer sie seien!" Das Zentrum raste ob solcher Erklärung vor Entzücken und applaudirte kräftig; endlich hatte es den Herkules gefunden, der die Hydra des Sozialismus erlegen mußte.

Da erhebt sich Jaures: er zerpflückt kritisch das Programm der Regierung, zerreißt es in Fetzen und tritt es mit Füßen. „Sie erklären“, so führt er aus, „daß die von den Sozialisten geforderten Reformen nicht verwirklicht werden können, aber Sie sagen kein Wort von den Reformen, die Sie durchzuführen gedenken. Ihr Reformprogramm ist nur eine Reihe von Verneinungen, nur eine Aufzählung von Reformen, deren Verwirklichung Sie nicht einmal versuchen wollen, und was die Reformen anbetrifft, die Sie vorschlagen, so erklären Sie selbst dieselben von vornherein für undurchführbar. Es ist also Null, was Sie uns als ganzes Gericht vorsehen. Und Sie vermeinen, Ihre Nullität im Punkte der Reformen dadurch wett zu machen, daß Sie ankündigen, Sie wollen gegen den Sozialismus zu Felde ziehen. Sie geben sich keine Rechenschaft von der Ungeheuerlichkeit, die Sie soeben damit geäußert haben. Sie legen damit Verwahrung ein gegen die gesammte moderne wirthschaftliche Entwicklung, gegen die Maschine, gegen die Eisenbahnen, gegen die Fabriken, gegen die Konzentration der Produktionsmittel. Sie wissen nicht, daß der Sozialismus keineswegs in dem Haupt Derer geboren ist, die man gemeinlich als Aufheber (meneurs) bezeichnet, daß er vielmehr im Schoße der wirthschaftlichen Verhältnisse sich entwickelt. Sie erklären sich für den obligatorischen Unterricht und für das allgemeine Wahlrecht, und Sie greifen den Sozialismus an! Aber der Unterricht bereitet die Köpfe des Volkes vor, die unaufhaltsame Entwicklung der Gesellschaft zum Sozialismus zu verstehen, und das allgemeine Wahlrecht, welches den Proletarier zum Beherrscher der politischen Verhältnisse macht, wird ihn bald auch zum Beherrscher der wirthschaftlichen Verhältnisse machen. . . . Wer sind Sie, daß Sie der Geschichte den Weg verlegen wollen? Sie und Ihre Kollegen sind nur die ministeriellen Kapläne der parlamentarischen Brüderschaft. Sie können die Strikenden mit Lanzenstichen bedenken, die Führer mit Monaten Gefängniß, aber wie Bismarck, der Besteger Europas, werden Sie gezwungen sein, den Platz zu räumen und das Proletariat seines Weges ziehen zu lassen, das vorwärts marschirt, um die Staatsgewalt zu erobern, damit es mittels ihrer die politische und wirthschaftliche Expropriation der Kapitalistenklasse vollzieht.“

Die sozialistische Partei hatte ihr Banner auf der Tribüne des Parlaments aufgepflanzt. Mit echt südländischem Feuer und in hinweisender Sprache hatte Jaures die Ideen entwickelt, welche die sozialistischen Agitatoren seit zwölf Jahren unter der Masse des Volkes verbreiten. Nach seiner geradezu meisterhaften Rede erkönte aus den Reihen des Zentrums statt Beifall Wuthgeschrei, und die Wuth verwandelte sich in trübe Niederbetschlagenheit, als Dupuy das Wort zu einer Erwiderung ergriff. Wie hatte man Jemand im Parlament gesehen, der so vollständig aus der Fassung gekommen war, so hilflos im Sande lag, wie der kurz vorher noch so wuthvolle Minister des Innern. „Der Sozialismus ist ein bloßes Wort“, sagte er, und sich corrigierend fügte er hinzu: „Er ist eine Religion, ein wirkliches Etwas, das in den Sozialismus zerfällt, dessen sich die Aufheber bedienen, und in mögliche Reformen, deren Verwirklichung ich versuchen werde.“ Enttäuschung und Verzweiflung malte sich auf allen Gesichtern, die kurz vorher noch vor Freude geleuchtet hatten. Dupuy, der elefantensstarke Herkules, war nur noch ein geleerter Schlauch. Zwei Tage später gab er seine Entlassung.

Die Lage hatte sich durchaus verändert. In der vorausgehenden Kammer hatte es genügt, daß sich ein Sozialist auf der Tribüne zeigte, um einen skan-

dalösen Lärm zu entfesseln, der seine Stimme überbörte. Jetzt konnte der Sozialismus sprechen. Er zählte im Parlament genug Vertreter, um für seine Nebenbuhler Achtung zu erzwingen. Eines Tages ließ sich die Majorität einfallen, ihre alte Taktik zu erneuern und Baillaud's Ausführungen durch Höllenlärm zu ersticken. Darauf vergaltten die sozialistischen Deputirten Gleiches mit Gleichem und verhinderten den Minister am Sprechen. Man ereiferte sich darüber und erklärte ihr Benehmen für einen Skandal, allein die Majorität zog doch aus der Lehre Nutzen, sie fügt sich jetzt bereit, die Sozialisten zu hören.

Der Sturz des Cabinets Dupuy war übrigens nicht der erste Sieg, den die sozialistischen Abgeordneten davontrugen. Der „Temps“ theilt in seiner Nummer vom 19. November 1893 mit, daß „das Vorhandensein einer sozialistischen Gruppe in der Kammer bereits ein Resultat gezeitigt hat: nämlich daß es den Deputirten der Mäzine verhinderte, einen patriotischen Antrag einzubringen, dessen Annahme der neuen Kammer ermöglicht hätte, sich mit den französisch-russischen Manifestationen des letzten Monats solidarisch zu erklären. Der betreffende Deputirte erfuhr, daß für den Fall, wo er seinen Antrag einbrächte, die internationalen Sozialisten die Gelegenheit ergreifen würden, ihre Ideen zu der Frage zu entwickeln. Derartige Debatten konnten aber nicht stattfinden, ohne daß auch Gefühle mit Roth beworfen worden wären, die zu erhaben sind, als daß sie so leicht hin Angriffen ausgesetzt werden dürften. Der ehrenwerthe Deputirte zog seinen Antrag zurück. Es steht also fest, daß in Folge der bloßen Anwesenheit einiger sozialistischen Deputirten, die ihren internationalen Freunden gegenüber zu sehr verpflichtet sind, es schwer werden kann, in dem französischen Parlament von dem französischen Vaterland zu sprechen.“ Die Sozialisten, die Einzigen, welche protestirten gegen die ungeheuerliche französisch-russische Allianz und gegen die Erniedrigung des republikanischen Frankreichs vor dem asiatischen Despotismus des Zaren, waren also mächtig genug, den russophilen Enthusiasmus der Herren Parlamentarier in Schach zu halten.

Die kleine sozialistische Gruppe flüchte den bürgerlichen Politikern solchen Schrecken ein, daß Niemand Dupuy's Nachfolger werden wollte und daß Carnot mit seiner Entlassung drohen mußte, um Casimir-Perier zu zwingen, die Ministerpräsidentschaft zu übernehmen. Die Majorität, welche diesen seinerzeit jubelnd als Kammerpräsidenten erkoren hatte, war durch das kraftvolle Auftreten des Sozialismus aus der Fassung gebracht und fiel auseinander; die geängstigten Deputirten wußten nicht, welche Haltung sie annehmen sollten. Die ersten Abstimmungen, die das neue Cabinet vornehmen ließ, ergaben für dieses nur die geringfügige Majorität von sechsundzwanzig bis dreißig Stimmen. Das geringste Ereigniß konnte ihm diese Majorität entreißen. Schon sah man den Sturz des Ministeriums Casimir-Perier in nächster Zukunft voraus, als Baillaud's Bombe platzte. Sie verwundete leicht einige Parlamentarier, aber kräftigte dafür das Cabinet. Wahnsinnig vor Schrecken, scharten sich die Deputirten um Casimir-Perier, er war ihr Schützer, sie bewilligten ihm Alles, was er wünschte: 800 000 Francs für die Polizei und ein Gesetz zur Knebelung der Presse, das, kaum eingebracht, auch schon sofort bewilligt wurde, ohne daß man auch nur die Zeit genommen hätte, es zu lesen. Hätte der Ministerpräsident die Abschaffung der baumwollenen Stiefelmützen verlangt, weil Baumwolle zur Fabrikation von Dynamit gehört, so würden die Abgeordneten dieser Forderung mit der gleichen blinden Furcht zugestimmt haben.

Casimir-Perier bediente sich der Furcht, um seine Majorität zusammenzuhalten. Die Polizei erhielt den Auftrag, sich zu rühren, um ein Diefen-

komplott aufzutreiben. In ganz Frankreich nahm sie Hausdurchsuchungen vor. Jeden Morgen ver kündeten die Zeitungen, daß sie zwanzig bis dreißig Anarchisten verhaftet habe, die sie regelmäßig am folgenden Tage wieder in Freiheit setzen mußte. Die ganze polizeiliche Aktion verhinderte nicht, daß Schlag auf Schlag nacheinander die Bomben von Emile Henry, Pawels und dem falschen Nabardy explodierten. Nachdem die Polizei die Nachricht von dem Riesenkomplott in die Welt gesetzt hatte, sah sie sich nun gezwungen, einzugestehen, daß es sich bei den anarchistischen Attentaten stets um die Thaten Einzelner handelt und daß man die Thäter erst dann entdecken konnte, wenn sie ihre Verbrechen bereits begangen hatten. Allein da die letzten Attentate nicht wieder gegen die Deputirten gerichtet gewesen waren, so erholten sich diese zu Casimir-Perier's lebhaftem Bedauern nach und nach etwas von ihrer tollen Furcht.

Das Budget schloß mit einem Defizit von 140 Millionen ab. Um das Defizit zu beseitigen, hatte der Finanzminister Burdeau gewisse Veränderungen im Steuerwesen vorgeschlagen: die Herstellung mindertwerthigen Silbergeldes und die Konversion der 4½ prozentigen Staatspapiere in 3½ prozentige. Die letztgenannte Maßregel sollte 68 Millionen abwerfen. Als sie in der Kammer zur Debatte stand, erklärte der Sozialist Avez dem Minister: „Weil es Ihnen an Geld fehlt, so will ich ein Mittel vorschlagen, noch weitere 30 Millionen zu finden. Anstatt die 4½ prozentigen Staatsschuldenscheine in 3½ prozentige umzuwandeln, wandeln Sie dieselben in 3 prozentige um. Sie können das thun, denn die 3 prozentigen Staatsrenten stehen al pari.“ Wäre die von Avez beantragte Maßregel verwirklicht worden, so hätte dies den bereits angebandelten Börsenspekulationen geschadet. Sie wurde also abgelehnt, allerdings mit einer sehr schwachen Majorität. Burdeau brachte diese Majorität dadurch zu Stande, daß er den Sozialisten als furchtbares Verbrechen vorwarf, sie wollten auf dem Wege der Konversion die Staatsschulden abschaffen. „Nun gut“, antwortete Jaurès auf das betreffende Votum, „wandeln Sie die Staatsschuldenscheine in 3½ prozentige um, weil Sie die Berechnungen der Börsenspekulanten nicht über den Haufen werfen wollen, aber die dadurch ersparten 68 Millionen verlange ich für die häuerliche Bevölkerung. Bei jeder Rentenkonversion verspricht man den Bauern Steuererleichterungen, halten Sie diesmal Ihre Versprechungen und benutzen Sie die 68 Millionen, die Grundsteuer der Kleinbauern abzuschaffen, welche ihre Felber selbst bebauen.“ Weder die Kammer, noch das Ministerium hatten diesen Schlag erwartet, der traf und faß. Die Deputirten der Rechten und des Zentrums, welche sich als die berufenen Vertreter der Kleinbauern aufspielten, waren gefangen, sie konnten nicht anders, sie mußten für den Antrag Jaurès stimmen, wenn sie sich nicht das höchste Mißfallen ihrer Wähler zuziehen wollten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten wagte nicht, dagegen zu stimmen, er enthielt sich der Abstimmung. Der Antrag erhielt eine erdrückende Majorität, das Ministerium war gefallen, wenn das Votum aufrecht erhalten wurde. Verzweifelt stürzte Burdeau ans Telephon und flehte Casimir-Perier an, schleunigst zu kommen und die Situation zu retten. Casimir-Perier erscheint und erklärt, daß er seine Entlassung einreiche, wenn die Kammer nicht ihre Abstimmung umstieße. Die verblüffte Majorität gehorcht, um nicht eine neue Ministerkrise heraufzubeschwören, und binnen einer Stunde straft sie sich selbst Lügen. Welch eine Schmach für die Majorität und welch ein Erfolg für die sozialistische Gruppe! Die Philister jeder Schattirung, von den republikanischen Freidenkern an bis zu den katholischen Monarchisten, reden den Bauern vor, daß die Sozialisten „Theiler“ sind, welche den Landleuten ihren Grund und Boden sowie ihr Geld rauben wollen. Und

siehe, die „Theiler“ werfen sich zu Verteidigern der Kleinbauern auf und beschützen ihr Geld gegen den Fiskus, während die bürgerlichen Deputirten die kleinbäuerliche Bevölkerung schuöde verrathen, um nicht Herrn Casimir-Perier zu mißfallen.

Die Zerfahrenheit der Majorität, die unwissend ist, keine Initiative besitzt und nur gehorchen kann, fiel gegenüber der Energie und Intelligenz der kleinen sozialistischen Gruppe doppelt auf und machte die öffentliche Meinung stübig. Das monarchistische Tageblatt „Le Soleil“ erging sich in den folgenden charakteristischen Betrachtungen, die ich hier anführe, weil sie von einem Gegner herrühren:

„Die Sozialisten“, so heißt es, „haben einen Erfolg davongetragen, dessen sie sich mit gutem Recht rühmen dürfen. Seit Beginn der Session haben sie bei fast allen wichtigen Debatten die gleiche Rolle gespielt. Sie zeigen durch ein Beispiel, daß keine Nachahmung finden wird, was eine thätige, unerschrockene und gut geleitete Minorität zu leisten vermag.“

„Diese Feinde des Parlamentarismus bedienen sich aller Waffen, die dieser selbst zu ihrer Verfügung stellt, um die parlamentarischen Einrichtungen lahm zu legen und in Verruf zu bringen. Sie sind in der spitzfindigsten und zopfigsten Bestimmung der parlamentarischen Geschäftsordnung zu Hause und berufen sich zehnmal in einer Sitzung auf sie, um die Berathungen zu stören, aufzuhalten und abzuschweifen zu machen, während diese doch gerade durch die Geschäftsordnung beschützt werden sollten. Sie sind wenig zahlreich, aber gut diszipliniert. Unter den Befehlen geschickter Führer gehen sie mit erbaulicher Gemüthlichkeit vor, sobald es sich darum handelt, zu applaudiren, zu unterbrechen, aufzubrausen, Stillschweigen zu erzwingen oder Lärm zu entfesseln. Die Herde der Statisten läßt sich nicht einfallen, in ungeschickter Weise die Initiative zu ergreifen. Und was noch außerordentlicher erscheint, die Uebrigen, die Führer, verschieben die Kämpfe untereinander bis zum Zeitpunkt des entscheidenden Siegs. Sie intriguierten nicht einmal gegeneinander, sondern berathen sich, theilen die Arbeit untereinander und unterstützen sich ehrlich.“

„Zum ersten Male ist in dem republikanischen Parlament eine organisirte Oppositionspartei vorhanden.“

„Die Opposition wird den Sozialisten um so leichter gemacht, als sie ohne Rücksicht, ohne Beschränkung und Vorbehalt bis zum Neuesten gehen können. Die Hände sind ihnen nicht im Palais Bourbon durch „gesellschaftliche“ Beziehungen oder durch Geschäftsverbindungen mit der Außenwelt gebunden. Sie verkehren nicht in den Klubs, sie unterzeichnen nicht Konventionen oder Schachergeschäfte zusammen mit den nämlichen Ministern, welche sie auf der Tribüne angreifen wollen, und deshalb gehen sie frisch und schneidig darauf los.“

„Wahrhaftig, man wird von Neid ergriffen, wenn man diese Leute an der Arbeit sieht. Wenn die Gesellschaft ebenso verteidigt würde, wie sie angegriffen wird, so wäre sie nicht so krank.“

Das Ministerium Casimir-Perier war von den Verhältnissen gerichtet, und die Sozialisten nahmen es auf sich, den Urtheilspruch zu vollstrecken. Im letzten Juni behauptete Jonnard, der Minister der öffentlichen Arbeiten, auf der Kammertribüne, daß die Staatsangestellten, wie z. B. die Eisenbahnarbeiter, nicht striken dürften. Jourde und Millerand stellten darauf an den Minister die Anfrage, ob nicht alle Franzosen vor dem Gesetz gleich seien, und ob er etwa für die Arbeiter der Staatsbetriebe eine ungünstige Ausnahmestellung schaffen wolle, so daß es ihnen unmöglich sei, das allen Bürgern zustehende Recht auf den Strike auszunützen. Im Weiteren forderten sie die Kammer auf, den Minister zu zwingen, das Gesetz über die Syndikate nicht zu verlegen. Jonnard beharrte bei

seiner Auffassung, welche vom gesammten Ministerium getheilt wurde. War dieselbe doch seit fünfzehn Jahren schon zur Tradition geworden, sie war aufgekommener und hatte sich befestigt, seitdem der Staat ein Eisenbahnetz angekauft hatte. Der Minister war deshalb überzeugt, daß die Kammer auch diesmal, wie bei manchen früheren ähnlichen Gelegenheiten, sich für den Standpunkt der Regierung erklären werde. Allein seitdem sich in der Kammer eine sozialistische Gruppe befindet, sind die Deputirten der Majorität sehr schüchtern geworden und fürchten, sich allzu offen gegen die Interessen ihrer bäuerlichen und proletarischen Wähler auszusprechen. Als es zur Abstimmung kam, erklärte sich die Kammer mit einer starken Majorität gegen die Auffassung des Ministeriums und für diejenige der Sozialisten. Das zum zweiten Male geschlagene Cabinet Casimir-Perier reichte seine Entlassung ein. Die kleine sozialistische Gruppe hat seit Beginn der Session, also im Verlaufe von etwa acht Monaten, zwei Ministerien gestürzt und zu drei verschiedenen Malen die Majorität erhalten.

Das Parlament mußte, dem Hunde der Bibel gleich, wieder schlucken, was es ausgebrochen hatte: Dupuy ward abermals Ministerpräsident. Als dieser wieder die Leitung der Staatsgeschäfte übernahm, lächelte Jeder mitleidig und prophezeite dem Cabinet nur eine mehrmonatliche Dauer. Wenn es heute noch besteht, so verdankt es, wie seinerzeit das Ministerium Perier, die Verlängerung seiner Existenz nur dem Anarchismus. Der Dolchstoß Caserio's tödtete den würdigsten Präsidenten, welcher bisher an der Spitze der dritten bürgerlichen Republik gestanden hat, gleichzeitig befestigte er das Cabinet Dupuy und brachte Perier an die Präsidentschaft. Denn als die Deputirten sahen, daß die Anarchisten weiterhin ihre Attentate gegen politische Persönlichkeiten richteten, ergriff sie abermals wahnwitzige Furcht.

Dupuy hatte gehofft, aus dem Attentat gegen Carnot Nutzen zu schlagen und seine Wahl als Präsident der Republik durchzusetzen. Ueber seine klägliche Niederlage tröstete er sich dadurch, daß er gegen seine politischen Gegner ein geradezu ungeheuerliches Gesetz schwebete, das alle politischen Freiheiten vernichtete, für welche die bürgerlichen Republikaner seit der Restauration Ludwigs XVIII. gekämpft hatten. Republikaner nennen sich trotz alledem die Männer, welche die Schamlosigkeit hatten, dieses Gesetz der Kammer vorzulegen und zu empfehlen, und mehrere der jüngeren politischen Persönlichkeiten, die erst seit der Gründung der Republik an die Oberfläche des politischen Lebens gekommen sind und die jetzt mit dem Ministerium durch Dick und Dünn gehen, gehörten sogar der äußersten bürgerlichen Linken an. Jaurès konnte z. B. kürzlich Dupuy daran erinnern, daß er mit ihm zusammen 1888 Gesetzentwürfe eingebracht hatte, welche im Interesse der Arbeiterklasse lagen. Das von Dupuy eingebrachte sogenannte Anarchistengesetz hat seinesgleichen nicht in der Geschichte Frankreichs; um ein Gegenstück zu finden, mußte sich Goblet auf das Gesetz des Kaisers Liberius über Majestätsbeleidigung beziehen! Es steht im Widerspruch zu der gesammten Gesetzgebung, welche aus der Revolution von 1789 hervorgegangen ist, und gestaltet sie in wesentlichen Punkten um. Nicht mehr die Geschworenengerichte, sondern die Zuchtpolizeigerichte (tribunal correctionnel) sind für die als anarchisistisch bezeichneten Vergehen zuständig, diese werden also von Richtern abgeurtheilt, welche für ihre Ernennung, Beförderung und Belohnung von der Regierung abhängen. Das Gesetz stellt es dem Belieben des Richters anheim, die Veröffentlichung der Verhandlungen theilweise oder in ihrer Gesamtheit zu gestatten, d. h. es hebt die Oeffentlichkeit der Rechtspflege auf. Zwar darf das Publikum nach wie vor den Verhandlungen beiwohnen, allein die Polizei kann jederzeit die Gerichtssäle

mit ihren Agenten füllen, und der Staatsbeamte, der nicht mehr unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung zu Gericht sitzt, kann nach Gutdünken Jemand zu einem Jahre Einzelhaft (prison cellulaire) verurtheilen, zu einer Strafe, welche von Rechtswegen die lebenslängliche Verschickung in eine Strafkolonie nach sich zieht. Um sich gegen das Gesetz zu verfehlen, genügt schon ein Wort, das nicht einmal in der Öffentlichkeit ausgesprochen wird, sondern im Familienkreise, und das eine einzige Person zur Anzeige bringt. Drei Jahre lang steht es ehrlosen Lumpen frei, durch Denunziation gelegentlich gefallener Aeußerungen schmachvolle Handlungen zu begehen. Das Gesetz ermächtigt, daß der Post anvertraute Briefe geöffnet werden, und daß wegen eines in einem Briefe begangenen Vergehens nicht bloß der Schreiber, sondern auch der Empfänger desselben gerichtlich verfolgt wird.

Der von Dupuy eingebrachte Gesetzentwurf enthielt keine genauen, festen Bestimmungen über die Natur der straffälligen Vergehen. Vorgeblich wollte man den Anarchismus treffen, aber der Anarchismus mußte als bloßer Vorwand herhalten, in Wirklichkeit wollte man eine tödtliche Waffe gegen Alle schmieben, die den Kapitalismus und die gegenwärtigen Gewalthaber bekämpfen. Um diese Tendenz des Gesetzes unzweideutig hervortreten zu lassen, beging im Verlaufe der Debatten Dupuy die Dummheit, einen Artikel aus einem Witzblatt, „Le Chambard“, zu zitiren, um dadurch zu zeigen, wer Alles gegen das Gesetz verstoßen werde. Der Artikel war gegen die Todesstrafe gerichtet! Ferry, einer der durch den PanamaSkandal am schwersten kompromittirten Deputirten, unterbrach Millerand durch den Zwischenruf, daß das Gesetz gerade gegen so verabscheuungswürdige Blätter, wie die von ihm geleitete „Petite Republique“, gerichtet sei, welche alle politischen Persönlichkeiten angreife und verächtlich zu machen suche. Das Tageblatt „La France“ berichtete von einem Gespräch, das Paul Lafargue, der Kabinettschef des Präsidenten der Republik, geführt haben sollte, und aus dem hervorging, daß Casimir-Perier gleichfalls der Ansicht war, das Gesetz solle nicht bloß gegen die Anarchisten, sondern gegen alle Gegner der zeitweiligen Macht- haber angewendet werden.

„Die Propaganda durch die That“, sagte Paul Lafargue, „kann und darf die Staatsmänner nicht beunruhigen, die dieses Namens würdig sind. . . . Die einzigen gefährlichen Anarchisten sind die kämpfenden Sozialisten, die Antisemiten, die ehemaligen Boulangisten, die von der Literatur und dem Journalismus zerrikketen Geister, die Schlechtgesinnten im Heer, der Marine und unter der Geistlichkeit. . . . Damit Frankreich seine Ruhe zurückerlange und sich gedeihlich entwickle, genügt es, die Anarchie dieser Elemente, die einzig zu fürchtende Anarchie, dadurch zu desorganisiren, daß man unerbittlich streng gegen den Generalstab und die rührigsten der Unruhestifter vorgeht. Wenn wir mit einem einzigen Zug, und mit sicherer und schouungsloser Hand geführt wird, vier- bis fünftausend Auf- heber ins Netz gebracht und unschädlich gemacht haben, so wird Alles famos gehen. Nach sechs Monaten wird Niemand mehr daran denken, und das Land ist für zwanzig Jahre von allen Elementen gereinigt, welche Unordnung stiften. Wir werden die Dinge nicht halb thun, wer das Ziel will, muß auch die Mittel wollen.“ Die „Agence Havas“ bestritt, daß diese Aeußerungen gefallen seien. Allein der Gewährsmann der „France“, ein ehemaliger Attaché im Ministerium des Aeußern, hielt seine Mittheilungen aufrecht und fügte ihnen noch hinzu: „Dat etwa Herr Paul Lafargue nicht sogar einen höheren Offizier der Marine- truppen aufgefordert, Herrn Casimir-Perier zu besuchen, der mit ihm Rücksprache nehmen wollte über die Verwendung der Marinejoldaten und Marine- schiffe zu

Zwecken der bevorstehenden Massentransporte?" Man wagte nicht, den Journalisten zu verfolgen, der ganz direkt den Präsidenten der Republik ins Spiel gezogen hatte.

Sogar die Deputierten der Majorität waren darüber erschreckt, wie das Gesetz angewendet werden sollte. Wohl waren sie entschlossen, allen von dem Kabinet geforderten Repressivmaßnahmen zuzustimmen, aber nur unter der Bedingung, daß sie einzig und allein gegen die Anarchisten und sozialistischen Aufheßer zur Anwendung gelangten. Sie wollten nichts davon wissen, in die Hände der Regierung eine so äußerst gefährliche Waffe zu legen, mit der diese Jeden treffen konnte, der ihr Mißfallen erregte. Deshalb beschloß die Majorität entsprechend dem Antrag Bourgeois, des ehemaligen Ministers des öffentlichen Unterrichts, daß die unter das Gesetz fallenden Vergehen „einen Akt anarchistischer Propaganda darstellen mißten“. Dieser Zusatz, welcher die infamen Absichten der an der Macht befindlichen Bauamistenbande durchkreuzte, erregte die höchste Wuth des Kabinetts und des Präsidenten.

Dupuy hatte darauf gerechnet, daß das Gesetz ohne Debatte, in einer einzigen Sitzung durchgepeitscht werden würde, wie es nach Bailant's Attentat mit dem Gesetz gegen die Presse der Fall gewesen war. Er hatte keine Rechnung ohne die sozialistische Gruppe gemacht. Diese konnte zwar nicht die Obstruktion der irländischen Abgeordneten im Parlament Großbritanniens nachahmen, denn die Geschäftsordnung des französischen Parlaments giebt der Majorität das Recht, jeder Debatte durch Abstimmung ein Ende zu machen. Allein die sozialistischen Deputierten nutzten das einzige in ihrer Macht befindliche Mittel aus, die Kammer zu einer gründlichen Erörterung des Gesetzentwurfs zu zwingen: sie brachten Amendements über Amendements und Zusatzanträge über Zusatzanträge ein. Während vierzehn Sitzungen bestieg ein Sozialist nach dem anderen die Rednertribüne; die Wuth der Abgeordneten, welche der Regierung Vorspanndienste leisten, war unbeschreiblich. Trotzdem wagte auch nicht ein einziger von ihnen, das Schandgesetz gegen die Sozialisten zu verteidigen, mechanisch, wie Automaten stimmten sie für die einzelnen Artikel, sie schienen sich ihrer Handlungsweise zu schämen. Die Minister selbst mühten sich unaufhörlich für das Gesetz ins Zeug legen, sie waren sogar gezwungen, sich eines Regierungskommissars, der gar nicht der Kammer angehört, zu bedienen, damit er ihnen bei der harten Arbeit behilflich war, die ihnen die Sozialisten verursachten.

Guesde und Roche gingen scharf mit der Polizei ins Gericht. Sie wiesen nach, daß diese der Verbreitung des Anarchismus Vorschub geleistet und Attentate angezettelt hatte. Weder die Minister, noch die Majorität der Deputierten bestritten die angeführten Thatfachen, sie wagten nicht einmal ihre liebe Polizei und deren Lockpfeigel zu verteidigen. Erst als Guesde auf die Beschlüsse des Nationalkongresses der Arbeiterpartei zu Lille und des internationalen Kongresses zu Brüssel verwies, welche erklären, daß zwischen Anarchisten und Sozialisten keine Gemeinschaft besteht und daß erstere außerhalb der modernen Arbeiterbewegung stehen, bestieg ein ministerieller Deputierter, Deschanel, die Tribüne und führte aus, daß man sich als Anarchist bethätige, wenn man, wie die Sozialisten, die Expropriation der Kapitalistenklasse ohne Entschädigung fordere. Treffend und schlagfertig antwortete ihm Guesde, die bürgerlichen Revolutionäre von 1789 hätten den Adel und die Geistlichkeit ohne Entschädigung expropriirt, und doch gälten sie nicht einmal für Herrn Deschanel als Anarchisten.

Millerand und Jaurès leiteten die Debatten auf ein anderes Terrain über. Sie griffen die Bande der Gräber und Schwindler und der großen Monopolisten

an. Millerand ohrfeigte sie durch folgende nuthigen und manichhaften Worte, mit denen er seine Rede schloß:

„Ich wende mich jetzt an die Masse der Deputirten, welche die Majorität ausmachen, und sage ihnen: Denken Sie darüber nach, meine Herren, daß es sich bei der eventuellen Annahme dieses Gesetzes durch Sie nicht bloß um die Erfüllung eines Wunsches der Regierung handelt. Die Annahme dieses Gesetzes bedeutet einen Akt der Rache, der gefordert und erwartet wird von den Mitgliedern der kleinen, wenig zahlreichen, aber einflußreichen, thätigen und skrupellosen Clique, welche seit fünfzehn Jahren mit der Republik wie mit ihrem Eigenthum, mit ihrer Sache wirthschaftet.

„Die Glieder dieser kleinen Clique sind Ihnen wohl bekannt, Sie wissen, was sie gethan haben, Sie selbst haben darunter gelitten, und einen Augenblick lang hat Sie die Lust angewandelt, ihrer Handlungsweise entgegenzutreten. Sie sind Ihnen bekannt, Sie wissen, daß diese Leute dauernde Beziehungen zu den großen Spekulantent unterhalten, daß sie stetig mit den Bankiers innige Fühlung haben, deren Namen in aller Munde sind, von denen der eine der wahre König der Republik ist, von denen der andere Ministern zur Hilfe kommt, die sich in Noth befinden — das republikanische Frankreich ist ja nicht reich genug, solche Schulden zu bezahlen —, von denen der dritte seine plöblich unterbrochene Laufbahn trotz aller hohen Protektionen und wiederholter Verwendung zu seinen Gunsten in Mazas endet. Die Namen der politischen Persönlichkeiten, die ich im Auge habe, kehren bei allen Börsentrachs der letzten Jahre wieder, von dem Bankerott der Hilfs Gesellschaften der Eisenbahnen an bis zu dem Panamastandal.

„Aber es kam ein Tag, wo die Verbrüderung der Politik und der Finanz, wo die skandalösen Beziehungen zwischen der Staatsgewalt und der Börse offenbar wurden, wo die Presse diese ganze Schmach enthüllte. Die Betreffenden haben das Wehen einer großen Katastrophe über ihren Häuptern gefühlt, gegenwärtig haben sie sich kaum von ihrem heftigen Schrecken erholt. Es ist ihnen davon das heiße Verlangen zurückgeblieben, die ausgestandene Todesangst theuer von der Macht zahlen zu lassen, welche Ursache ihres Entsehens war. Diese Macht ist die Freiheit der Presse, sie ist es, welche Camille Desmoulins schon vor hundert Jahren in seinem unsterblichen Pamphlet des ‚Vieux Cordelier‘ ‚den Schrecken der Spizbuben‘ nannte.“

Sozialistischerseits zeigte man also mit dem Finger auf die Spizbuben, diese senkten beschämt das Haupt. Der machtvolle und direkte Angriff Millerand's machte einen solchen Eindruck, daß Dupuy die Tribüne bestiegen und erklären mußte, keine der soeben gebrandmarkten Persönlichkeiten gehöre dem Ministerium an. „Aber sie unterstützen es“, unterbrach Rouanet die Ausführungen des Ministers. Die Panamisten hatten die durch die anarchistischen Attentate verursachte Furcht auszunutzen wollen, um diejenigen mundtot zu machen, welche ihre schmutzigen Schachergeschäfte vor der Doffentlichkeit enthüllten. Ihre Absicht wurde durch die sozialistische Gruppe vereitelt. Millerand zog die Panamisten aus dem Schatten, in den sie sich verkrochen hatten, um dort ihre Gaunereien ungestört weiter betreiben zu können. Und nachdem sie in ihrer ganzen Schmach vor der öffentlichen Meinung an den Schandpfahl geschlagen worden waren, wurden sie durch den Zusatzartikel abgeurtheilt und gerichtet, den Jaurès im Namen der sozialistischen Fraktion begründete. Er lautete: „Es werden als schuldig erachtet, zu Akten anarchistischer Propaganda aufgereizt zu haben: alle politischen Persönlichkeiten, Minister, Senatoren, Deputirte, welche mit ihrem Mandat geschachert, Trinkgelder angenommen und an schwindelhaften Finanzunternehmungen sich

betheiligt haben, sei es dadurch, daß sie dem Verwaltungsrath von Aktiengesellschaften angehörten, die gerichtlich verurtheilt worden sind, sei es dadurch, daß sie für die fraglichen Unternehmen durch die Presse oder durch das Wort bei einer Person oder mehreren Personen Klame machten."

Man fühlt sich fast versucht, die großartige Rede ausführlich wiederzugeben, durch welche Jaurès diesen Antrag begründete, denn sie ist charakteristisch für die Haltung der sozialistischen Partei in den Debatten. Dupuy hatte die Sozialisten zum Sündenbock der anarchistischen Verbrechen machen wollen, und nun wurden seine Freunde, die Rouvier, Burbeau, Reinach, die man alle namentlich nannte, für die moralische Anarchie verantwortlich gemacht, die sie durch ihre schamlosen und straffrei gebliebenen Diebereien geschaffen hatten, nun forderte man, daß diese das nämliche Schicksal wie die Propagandisten der That erfahren sollten.

"Sie sind im Recht, daß Sie der anarchistischen Idee bis zu ihrer Quelle nachspüren", sagte Jaurès. "Sehr wohl! Ich sage Ihnen, bleiben Sie nicht auf halbem Wege stehen, wühlen Sie den Boden auf, spüren Sie nach, bis Sie die wirkliche Quelle der verbrecherischen Thaten gefunden haben. . . Herr Dupuy sagte uns, daß die Anarchie zunächst in der Verachtung aller Autorität besteht. Ich frage ihn, ob die Volkswertreter, welche die Nationalvertretung durch ihre Betheiligung an Schwindelunternehmen kompromittiren, nicht mehr als gewisse Worte bewirken, daß die Basis selbst der Autorität erschüttert wird!

"Herr Dupuy hat gesagt, daß der Anarchismus gleichbedeutend mit der Verachtung des allgemeinen Stimmrechts sei. Ich frage ihn, ob die Leute, die dank dem allgemeinen Stimmrecht das zwingende Mandat erhalten haben, das öffentliche Vermögen gegen die Fallen der Finanzspekulation zu schützen, die sich aber zu Mitschuldigen verdächtiger Finanzunternehmen machen, nicht Ursache der Verachtung sind, welche junge Leute für das allgemeine Stimmrecht bekennen. . .

"Und die politischen Persönlichkeiten, welche seit fünfzehn Jahren alle Räubereien unterstützt haben, durch welche die Finanz Tausende von Familien zu Grunde richtete und den Tod in die Reihen der Arbeiter säete, sind strafflos ausgegangen, und sie nutzen auch fernerhin ihren politischen Einfluß im Dienste der kosmopolitischen Börsenjobberei aus. Sie schieden sich an, das Monopol der Banque de France zu erneuern und es Rothschild in die Hände zu legen (hier deutete er auf Burbeau, den Kammerpräsidenten); Sie sind es, die erst kürzlich einer Eisenbahngesellschaft von Südfrankreich ermöglichten, schamlos den Staat zu betrügen und dem öffentlichen Schatz Millionen zu stehlen (hier deutete er auf Rouvier, Raynal und Consorten hin). Ich konstatire, daß durch einen merkwürdigen Zufall, der im Lande nicht unbemerkt bleiben wird und der dem Gesez seinen Charakter giebt, Sie Alle ohne Ausnahme für den vorliegenden Entwurf stimmen.

"Ich füge hinzu, daß Sie unserem Lande den erstaunlichsten aller Widersprüche zeigen werden, der die Gerechtigkeit zur Ironie macht: unerbittlich strenge Panamisten. . .

" . . . Der Nationalkonvent von 1793 hatte mit sozialen Krisen zu rechnen. Er hat nicht nur gegen die damaligen Anarchisten, die Wirkköpfe, Geseze geschaffen, er ging auch ausgesprochen scharf auf dem Wege der Gesezgebung gegen die Sozialisten vor, er verhängte die Todesstrafe über Jeden, welcher das Agrargesez zu fordern wagte. Allein zur selben Zeit, wo er diese schrecklichen Maßregeln beschloß, bestimmte er, daß die gleichen Maßregeln, der gleiche Tod, die gleiche Guillotine für die Spekulanten und die betrügerischen Finanzmänner gelten sollten. Wenn Sie in Ihren Repressivmaßregeln gegen die Empörer streng sein wollen, so seien Sie auch gegen die Träger der Korruption streng. Es ist dies notwendig zur Erziehung des heranwachsenden Geschlechtes, Jener, die einst auf diesen Bänken sitzen werden.

„Sie müssen durch ein Zeugniß bestätigen, welcher lebendiger Zusammenhang zwischen dem verkäuflichen Politiker besteht und dem aufrührerischen Anarchisten. In dem Tage, wo das nämliche Fahrzeug den betrügerischen Politiker und den Anarchisten den entfernten, ungesunden Strafkolonien zuträgt, können sich diese Beiden miteinander unterhalten, und sie werden sich dann als zwei einander ergänzende Seiten der nämlichen sozialen Ordnung erkennen.“

Die Kammer gerieth in Folge dieser Rede außer Raub und Band. Die Erwiderungen, welche Deschanel und Rouvier versuchten, vergrößerten nur die allgemeine Verwirrung. Ein Abgeordneter fragte Deschanel, ob er je in ein Ministerium eintreten werde, dem Rouvier angehöre. Deschanel blieb die Antwort schuldig. Als das Zentrum den Ausführungen Rouvier's applaudirte, rief Jaurès aus: „Die Majorität hat ihren Führer gefunden.“ Die Deputirten sahen ein, daß man Rechenschaft über ihre Abstimmung fordern werde. Die Anhänger des Ministeriums zitterten vor Furcht, daß der sozialistische Antrag die Majorität erhalten werde. Sie nahmen zum Betrug ihre Zuflucht, sie fälschten das Resultat der Abstimmung, indem sie den gegen den Zusatzantrag abgegebenen Stimmen 25 hinzufügten. Ein Freudengeschrei erhob sich, als der Kammerpräsident verkündete, daß der Zusatzantrag Jaurès mit einer Majorität von 26 Stimmen abgelehnt sei. In Frankreich gilt jede Abstimmung, die von der Parlamentstribüne herab verkündet worden ist, sie gilt auch dann, wenn am nächsten Tage nachgewiesen wird, daß das verkündete Resultat ein irrtümliches war. Am Tage nach der uns hier interessirenden Abstimmung stellte sich heraus, daß eine Majorität nicht von 26, sondern bloß von einer einzigen Stimme gegen den Antrag Jaurès gewesen war. Der sozialistische Antrag war also mit einer Majorität von einer ganzen Stimme abgelehnt. Welcher Triumph für die sozialistische Fraktion!

Die Annahme des Gesetzes, welches als „das Ungstgesetz“, „das verbrecherische Gesetz“, „das Gesetz gegen Verdächtige“ bezeichnet worden ist, bestätigt den moralischen Bankrott der bürgerlichen Republikaner. Die sozialistische Partei hat das freiheitliche liberale Programm aufgenommen, das diese zerrissen haben. Sie ist der Vorkämpfer für die politischen Freiheiten, und zu deren Schutz bietet sie der Koalition aller bürgerlichen Parteien Trost. Gegenüber den in sich zusammenbrechenden und dem Verfall anheingeegebenen bürgerlichen Parteien, welche die Interessen der Kapitalisten vertreten, erscheint die sozialistische Partei der Nation als die neue Macht, welche bald die Welt beherrschen wird.

## Ein Potpourri.

Von Eduard Bernstein.

Unter dem Titel „Kritische Beiträge zur Erkenntniß unserer sozialen Zustände und Theorien“\* hat Herr Dr. Julius Platter, Professor der Staatswissenschaften am eidgenössischen Polytechnikum in Zürich, soeben eine Zusammenstellung von Aufsätzen erscheinen lassen, die er im Laufe der letzten sechzehn Jahre verfaßt hat und zumeist schon früher in Zeitschriften, Zeitungen oder als Broschüren hat erscheinen lassen.

\* Basel, Dr. G. Müller. VI und 558 S. gr. 8°. — Vorliegende Besprechung wurde von uns veranlaßt, einige Wochen bevor Hans Müller seine neueste Verdächtigung vom Stapel ließ. Dieser Zwischenfall änderte natürlich nichts an unserer Absicht, eine Kritik des Platter'schen Buches zu veröffentlichen.

Die Redaktion.